

*Loss and Damage*

## **Der erste Schritt ist getan - die Verantwortung bleibt**

**Luxemburg, 23/11/2022 - Die NGO Action Solidarité Tiers Monde (ASTM) begrüßt grundsätzlich die Tatsache, dass die luxemburgische Regierung sich im Rahmen der COP27 für die Einrichtung eines gerechten Fonds für Verluste und Schäden (*loss and damage*) eingesetzt und einen Beitrag zur Finanzierung der globalen Verluste und Schäden durch den Klimawandel zugesagt hat. Das dafür bereitgestellte Budget von 10 Millionen Euro ist jedoch noch weit davon entfernt, die tatsächliche finanzielle Verantwortung Luxemburgs auf globalem Niveau auszugleichen.**

Lautes dem Strategiepapier „Eine Frage der Verantwortung“, das die ASTM zu Beginn der Weltklimakonferenz veröffentlicht hat, beläuft sich der faire jährliche Anteil Luxemburgs zur Entschädigung für globale Verluste und Schäden im Zusammenhang mit dem Klimawandel auf durchschnittlich etwa 324 Millionen Euro im Jahr 2030, was 76% des derzeitigen Haushalts des Ministeriums für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung (MECDD) entspräche. Um diesen fairen Anteil zu erreichen, müssten die jährlichen Beiträge des Großherzogtums in den kommenden sechs Jahren verdoppelt werden.

Die luxemburgische Regierung betont stets, dass sie einer der größten Pro-Kopf-Geber auf Ebene des Grünen Klimafonds der Vereinten Nationen ist und damit ihrer Verantwortung gerecht würde. „Eine gerechte und den verursachten Schäden entsprechende internationale Klimafinanzierung darf aber nicht nach dem Prinzip funktionieren ‚Wir verteilen dasselbe Geld auf verschiedene Töpfe‘“, erklärt Birgit Engel, Co-Koordinatorin des Klima-Bündnis Luxemburg bei der ASTM. „Da die angekündigten 10 Millionen für Verluste und Schäden Teil des Budgets für Anpassung sind, ist die Forderung nach zusätzlicher Finanzierung nicht erfüllt und dementsprechend keine Steigerung gegenüber den schon vor Monaten angekündigten 220 Millionen zur internationalen Klimafinanzierung. Wir dürfen nicht vergessen, dass Verluste und Schäden als Folgen des Klimawandels komplette Lebensgrundlagen zerstören und damit über das hinausgehen, woran sich Menschen anpassen können. In diesem Sinn ist es auch von grundlegender Bedeutung für die Länder des Globalen Südens, dass die Fonds zum Ausgleich von Verlusten und Schäden auf Zuschüssen basieren, d.h. nicht als Kredite vergeben werden und so erneut koloniale Bedingungen schaffen würden“, führt Engel weiter aus. „Daher ist es wichtig, dass das Ministerium transparent über die Verwendung dieser 10 Millionen Euro informiert“, ergänzt Cédric Reichel, Co-Koordinator des Klima-Bündnis Luxemburg bei der ASTM.

Für Ivan Phell Enrile, Climate Justice Programm Manager bei ASTM-Partner IBON International auf den Philippinen, ist „(...) der Loss and Damage Fund ein Mittel gegen die

Symptome der Klimakrise. Um die Ursache zu bekämpfen, müssen die Länder des globalen Nordens die Führung beim Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen - einschließlich Öl und fossilem Gas - übernehmen, ohne auf Scheinlösungen zurückzugreifen. Die Welt ist bereits auf dem Weg zu einer Temperaturüberschreitung von 2,8 Grad Celsius.“

Laut IBON International habe die COP27 auch verpasst, Verluste und Schäden als dritte Säule des neuen kollektiven quantifizierten Ziels zur Klimafinanzierung aufzunehmen. Dies hätte ein Ziel für die Finanzierung von Verlusten und Schäden nach 2025 sowohl in der UN-Klimakonvention als auch im Pariser Abkommen verankert. Damit hätten die Verpflichtungen zur Finanzierung von Verlusten und Schäden mit den Schlüsselprinzipien des Übereinkommens in Bezug auf Gerechtigkeit, historische Verantwortung und gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeiten und entsprechende Kapazitäten in Einklang gebracht werden können.

Die ASTM appelliert daher erneut an die luxemburgische Regierung - über ihre bisherigen Bemühungen und Zusagen hinaus -

- auf internationaler Ebene einen Schuldenerlass für die Länder zu fordern, die ohnehin durch den Klimawandel gefährdet sind und seit Jahrzehnten auf Entschädigung warten,
- sich dazu verpflichten, die Reparaturen von Verlusten und Schäden in Höhe der Verantwortung Luxemburgs zu finanzieren, zusätzlich zu den bestehenden Verpflichtungen in Bezug auf Klimafinanzierung, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit,
- die Beiträge Luxemburgs zur Finanzierung von Verlusten und Schäden schrittweise zu erhöhen, um bis 2030 den fairen Anteil von 324 Mio. Euro zu erreichen,
- Transparenz in Bezug auf die gewährten Finanzierungen zu gewährleisten.